

Bocholter Volksblatt

Amtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte.

Erscheint wöchentlich 7 mal. Der Samstags-Nummer werden das vierseitige „Sonntags-Unterhaltungsblatt“ und das achtsseitige illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“ gratis beigelegt. Abonnementspreis monatlich 50 Pfg., oder vierteljährlich durch die Zeitungsboten ins Haus gebracht oder von der Expedition abgeholt 1,50 Mk., von der Post abgeholt 1,50 Mk., durch den Postboten ins Haus gebracht 1,80 Mk.

Organ der Zentrumspartei.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil:
J. V. Joseph Temming jun. in Bocholt.

Fernsprecher Nr. 92.

Anzeigen kosten für Einzeilmal (Bocholt und Rheide) die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., für Anzeigen 15 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben gewähren wir entsprechenden Rabatt. Anzeigen-Entnahme jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der betr. Nummer. Größere Anzeigen wollen man uns jedoch möglichst vormittags übermitteln. — Reklamen kosten pro Petitzeile 40 Pfg.

Nr. 72.

Druck und Verlag von J. & H. Temming in Bocholt.

Freitag, 15. März 1907.

Für den Reklamen- und Anzeigenteil verantwortlich:
H. Temming in Bocholt.

36. Jahrgang

Die braunschweigische Frage.

Mit jener „Einstimmigkeit“, die bei Verhandlungen über die braunschweigische Angelegenheit Mode ist, hat der Landtag des Herzogtums am Dienstag beschlossen, zur Wahl eines Regenten zu schreiten. Man hat sich da auf einen Mittelweg geeinigt. Von der einen Seite wurde dahin gedrängt, daß man das Haus Braunschweig-Lüneburg für endgültig abgetan betrachte und einen neuen Herzog von Volksvertretungswahlen wählte. Auf der anderen Seite wurde gefordert, daß der Landtag sich dem letzten Beschluß des Bundesrats noch nicht fügen, sondern auf eine schiedsgerichtliche Entscheidung gemäß dem Vorschlag im letzten Briefe des Herzogs von Cumberland hinarbeite.

Wenn auch das Land gewaltige Sehnsucht nach einem Definitivum hat, so war doch von dem Landtage, der seine Anerkennung des legitimen Rechtes der jüngeren braunschweigischen Linie so oft und so warm bekundet hatte, ein Akt der Fehlgewalt gegen das angestammte Herrscherhaus nicht zu erwarten. Es ist traurig genug, daß überhaupt in Deutschland mit solchen Gedanken gespielt werden konnte. Man sollte an allen beteiligten Stellen bedenken, daß die Interessen aller Kronen, der großen und der kleinen solidarisch sind.

Die Annahme eines Schiedsgerichts wäre einseitig und deshalb fruchtlos geblieben. Preußen betrachtet die „Ueberzeugung“ des Bundesrats als den Spruch der höchsten Instanz; es bestritt überhaupt, daß es sich um eine Rechtsfrage handle, da angeblich nicht die Berechtigung des betreffenden Herrscherhauses bestanden, sondern nur gegen die Ausübung dieses Rechtes unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein bedingter Einspruch erhoben werde. Man kann den Standpunkt bedenken und kritisieren; aber man kann nichts dagegen anrichten, so lange der Bundesrat in seiner Mehrheit den Beschluß von 1885 aufrecht erhält.

Aus den Mitteilungen des Staatsministers v. Otto im braunschweigischen Landtage erfahren wir nun, daß die braunschweigischen Vertreter im Bundesrat den Versuch gemacht haben, die Gründe der Ablehnung, die in dem Beschluß von 1885 angeführt sind, wesentlich zu vereinfachen. Der alte Beschluß, der jetzt aufgeführt worden ist, läßt die „Ueberzeugung“ von der vorläufigen Regierungsmöglichkeit des herzoglichen Hauses auf zwei Punkte: 1) des „Verhältnisses“ zu Preußen, das dem reichsverfassungsmäßig gewählten Thronen unter

Bundesmitgliedern widersprechen soll, und 2) auf die „Ansprüche“, die der Herzog von Cumberland auf Gebietsteile Preußens erhebt. Braunschweig wollte nur Punkt 1 gestrichen wissen; der Einspruch gegen die Thronbesteigung sollte also nur mit der „Ansprüche auf Hannover“ begründet werden. Eine solche Änderung hätte die praktische Bedeutung gehabt, daß in dem Falle eines Verzichts auf Hannover der Thronerbschaftsbesitz sofort gegenstandslos und der Weg zum Thron von Braunschweig ipso facto freigegeben wäre. Aber Preußen wollte sich diese Veränderung des Beschlusses nicht gefallen lassen, und der allzeit gefällige Bundesrat lehnte also mit der bekannten „Einstimmigkeit“ den Verbesserungsvorschlag Braunschweigs ab. Das verflechtet die Aussichten auf Frieden. Der Herzog von Cumberland sowie jeder nachfolgende Chef des Hauses Braunschweig-Lüneburg wird sich sagen: Wenn ich nun um des lieben Friedens willen den Verzicht auf Hannover aussprechen wollte, so wäre ich noch nicht sicher, ob man mich mein Thronrecht in Braunschweig ausüben läßt. Man könnte ja sagen, mein „Verhältnis“ zu Berlin wäre noch nicht von jener Verflechtung, die der Bundesratsbeschluss von 1885 fordert. „Verhältnis“ ist ein Kautschukbegriff, und zur Verbesserung eines Verhältnisses gehören zwei.

Die Ablehnung der von Braunschweig gewünschten Änderung muß offenbar die Befürchtung bestätigen, daß mächtige Einflüsse dahin wirken, das Weltengeschehen überhaupt von der Regierung in Deutschland auszuscheiden und den Herzog von Cumberland sowie seine Nachkommen auch dann, wenn sie auf Hannover verzichten, für regierungsunfähig zu erklären. Das ist das negative Definitivum.

Staatsminister v. Otto betonte besonders, daß der Bundesrat sich jeder Einmischung in die Personensache enthalten und die Auswahl des Regenten durchaus den Landeskräften überlassen habe. Das glauben wir gern, da jede Empfehlung von Berlin für einen Regentenkandidaten verhängnisvoll werden könnte. Die Stimmung der Braunschweiger ist zurzeit antipreußisch im höchsten Grade. Das ist auch sehr wohl zu begreifen, da Preußen nicht bloß in der Sache, sondern auch in der Form sehr rücksichtslos gegenüber den Interessen und Wünschen des kleinen Nordens vorgegangen ist.

Sollen wir, daß der feierliche Ausgleich, der für alle Teile und für das ganze Reich so dringend notwendig ist, durch die Wahl des neuen Regenten als Blockaders nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben wird.

Deutsches Reich.

Wehrkraft und Sozialreform.

Zu dieser Frage hat der Staatssekretär des Reichsarms des Innern, Graf Posadowsky, im Reichstage bei der Verteidigung der Arbeiterbeschützungs-Verordnungen des Bundesrats am 4. März einige bedeutungsvolle Ausführungen gemacht, die in der Tat der Rede zum Stat nicht die verdiente Beachtung gefunden haben. Der Staatssekretär führte u. a. aus:

Wenn der Bundesrat Verordnungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter erläßt, so sind das nicht ideologische Phantasien eines weltfremden Reichsarms, sondern dazu sind sehr wichtige Gründe maßgebend. Unser modernes Kulturleben mit der Komplexität unserer Maschinen, mit der Verwendung von Chemikalien in unseren Industriebetrieben ist mit steigenden Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbunden. Wie selbst der Herr Kriegsminister über diese Frage denkt, beweist ein Schreiben von ihm an den Reichskanzler, an dessen Schluß es heißt:

Bei der voraussichtlich weiter fortschreitenden Industrialisierung des Staates und mit Rücksicht darauf, daß das Zustandekommen der Bevölkerung in die Städte und die Ausbreitung des städtischen Blutes auf die Dauer wohl nicht mehr ausbleiben wird, gewinnen die Maßnahmen der Regierung zur Hebung der sozialen Fragen der Industriebeschäftigten, zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Milderung der Kindersterblichkeit, zur Bekämpfung des Alkoholgenußes vom Standpunkte eines brauchbaren Heredesgutes eine erhöhte Bedeutung. Ich möchte daher die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, Euer Durchlaucht ergebenst zu ersuchen, bei den sozialpolitischen Aufgaben dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Wehrkraft auch ferner Ihr wohlwollendes Interesse zuzuwenden zu wollen.

In gleichem Sinne äußert sich der Artikel eines Generalen. Wenn also der Reichskanzler derartige Verordnungen erläßt, so ist das keine ideologische Marotte, sondern gegenüber den wachsenden Kulturgefahren eine sehr ernste hygienische Maßregel zum Besten der Erhaltung unserer Volkskraft.

Bei dieser Gelegenheit darf vielleicht an die noch immer nicht genügend bekannte Tatsache zurückgemerkt werden, daß die Anfänge des Arbeiterbundes aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Preußen darauf zurückzuführen waren, daß der rheinische Anteil

infolge der körperlichen Entartung seiner Bewohner durch die Fabrikarbeit nicht mehr im Stande war, das entsprechende Truppenkontingent zu liefern. Wer eine starke Wehrkraft haben will, muß auch eine entsprechende Sozialpolitik wollen! Seit jener Weise ist letzterer Satz bisher der Partei am wenigsten zum Bewußtsein gelangt, die erstere am entschiedensten zu veranlassen pflegt, nämlich der konservativen!

Eine vernichtende Kritik über Dernburg und seine Tätigkeit als Bankdirektor bringt die liberale „Mittl. Allg. Ztg.“ anlässlich einer Besprechung des Jahresabschlusses der Darmstädter Bank. Es heißt darin:

„Allerdings steht aber der Abschluß deutlich unter dem Eindruck, den die Spuren Dernburgs hinterlassen haben. Schon ein flüchtiger Blick über die Zahlen zeigt, daß es der jüdischen Verwaltung vor allem darauf angekommen ist, die inneren Verhältnisse der Bank wieder zu konsolidieren, nachdem der Draufgänger Dernburg das Institut zu oberst gefahren hatte. Die beiden bedeutendsten Hinterlassenschaften des Kolonialdirektors, Helldorf und Deutsch-Lugenburg, haben offenbar sehr bedeutende Abschreibungen erfordert, um mit aller erdenklichen Vorsicht bilanziert werden zu können. Sehr bezeichnend ist, daß der Geschäftsbericht nicht mit einem Worte des Rücktritts Dernburgs gedenkt und den üblichen „Nachruf“ mit der obligaten Anerkennung der großen Verdienste usw. vollständig unterläßt. Da das kaum ohne Absicht geschehen sein dürfte, so darf man in dem Stillschweigen vielleicht etwas wie einen erstarrten Stillsitzer der Erleichterung erblicken.“

Eine solche Kritik seitens eines liberalen Blattes erregt natürlich das größte Aufsehen, da sie darauf schließen läßt, daß die Stellung Dernburgs in der Direktion der Bank völlig unhaltbar geworden war, als er sich um das Amt des Kolonialdirektors bewarb. Bezüglich „Helldorf“ und „Deutsch-Lugenburg“ kann man nur sagen, daß es jedenfalls sehr ansehnliche oder für die Beteiligung der Bank riskante Transaktionen gewesen sein müssen, wenn ein liberales Blatt den ihm politisch doch so nahestehenden Kolonialdirektor daraufhin in bezug auf seine frühere Tätigkeit so abfällig kritisiert. Wir wollen hoffen, daß die Tätigkeit des Herrn Dernburg im Reichskolonialamt frei von allen Maßnahmen bleiben möge, die zu einer ähnlichen Kritik Anlaß geben könnte. Damit verknüpfen wir auch den Wunsch, daß die Entscheidung, mit welcher er zweifellos die Initiative hinsichtlich der nati-

Wahrheit und Schein.

Roman von H. Mark.

30) Nachdruck verboten.
Der klügeligen Unbefangenheit Olgas wunderlichen Bitte war schwer zu widerstehen. Viktors Lippen berührten flüchtig die noch in der feinen ruhende Hand, dann drückte er weiter: „Wohi, ich unterwerfe mich Ihren Befehlen, aber nur unter der Bedingung, daß auch Sie an mir ein gleiches Gehör finden. Gegenseitige Offenheit ohne Empfindlichkeit, wie solches zwischen zwei guten Kameraden sich geltend, ist unter Wahlpruch!“

„Zugestanden! Und in freitigen Fällen erwähnen wir meinen Papa zum Schiedsrichter. Ach, was für verzerrte Augen und das gute Papa machen, wenn wir ihn einmal beweisen, welches fehlerhafte Menschenkind seine vermeintliche Krone aller Volksherrschaft ist?“
Seit jenem Tage gewann der Ton zwischen Leutnant Steinbach und Fräulein von Kaminski eine geschwisterlich vertrauliche Färbung. Viktor fühlte in der ihm völlig neuen Rolle eines beratenden Freundes sich wie gehoben; es blühte ihm die lohnendste Aufgabe, fester, verebend auf die junge Mädchenseele einzuwirken und die in ihr schlummernden guten Eigenschaften zu wecken.

Mit inniger Freude gewahrte er, daß seine leise tadelnden Bemerkungen auf guten Grund fielen. Olga achtete nun mehr auf sich und seine Umgebung, sie machte sich flüchtig, Gefallen an Dingen zu finden, die sie bisher vollständig übersehen hatte, aber leider blieben die guten Vorzüge niemals flüchtig, immer wieder verfiel sie in die tief eingewurzelten alten Fehler.

Viktor mußte sich schließlich eingestehen, daß seine „guten Rats“ allein nicht genügt, den exaltierten kleinen Feuertopf in ein richtiges Geleis zu lenken, dies vermochte nur ein edler, harmonischer Frauencharakter, dessen gewinnende Liebenswürdigkeit imstande war, die flatternde

Bühne an sich zu fesseln. Er dachte an Alice, kaum ein Jahr älter als Olga, mußte es ihm vor allem gelingen, die Zuneigung des jungen Mädchens zu gewinnen. Wie aber eine nähere Bekanntschaft zwischen beiden entstehen? In der Gesellschaft waren sie einander noch niemals begegnet.

Da vernahm er, daß zu dem Eingeladenen der demnächst stattfindenden großen Soiree des Generalen v. R. auch Reginald und Alice zählten. Zu einer Stunde, wo er die Schwester allein zu Hause mußte, eilte er nun ohne Stützen zu ihr und machte sie ohne Umstände mit dem eigentlichen Zwecke seines Erscheinens bekannt.

„Wie ich höre, verleiht du viel im Kaminski'schen Hause; darf ich wissen, Viktor, ob deine Besuche sowie dein soeben geäußelter Wunsch einem besonderen Interesse entspringt?“

„Dem reinsten aneignungsfreudigen Interesse der Welt“, entgegnete der junge Offizier mit dem Ausdruck der Offenheit. „Mit dem Oberst verbinde ich ein Gefühl freundschaftlicher Hochachtung, und Fräulein von Kaminski“, er stierte einen Augenblick, „ist noch ein Kind, ein flüchtiger Fremder, sehr verständig, daher eigenwillig, aber gewiß ebenso leicht zu allem Guten lenkbar, wenn ein mildes Frauengeheimnis sich des viel zu früh sich selbst überlassenen jungen Mädchens annimmt.“

Viktors Ton war unwillkürlich ein wärmerer geworden, so daß Alice sich eines leisen Lächelns nicht erwehren konnte. „Und zu dieser Mission, mein lieber Viktor, glaubst du mich neunzehnjährige berufen?“

„Gerade einer fast gleichen Alter läßt mich das Beste hoffen. Denn von dem ihren so grundverschiedenes Wesen, deine ganze Art und Weise wird sie nachdenkend machen und sie nützlich lassen, die ähnlich zu werden. Zudem gibt dir auch noch die Frauenwürde eine gewisse überlegene Autorität.“

„Du überschätzt mich, lieber Viktor, doch bin

ich die darum nicht weniger für keine gute Meinung verbunden und will mein möglichstes tun, sie zu verdienen“, versprach die junge Frau freundlich.

„Aufsich Dank, Liebe“, rief Viktor sichtlich erfreut. „Ich hoffe, du wirst deine Güte gegen die muntere Weise nicht bereuen.“

„Erwarte nicht zu viel! Wer weiß, ob die junge Dame — übrigens ein besondres schmeichelfähiges Wesen hast du mir nicht entworfen — deinen Intentionen sich auch geneigt zeigt. Das eine jedoch hast du erreicht; ich sehe mit Spannung der neuen Bekanntschaft entgegen.“

Die gleiche Empfindung war aber auch in Olga vorherrschend, seit Leutnant Steinbach plötzlich erwachte, er werde sich an dem bescheidenen Wallen der Ehre geben, das gnädige Fräulein mit seiner Schwester bekannt zu machen. Sie legte längst den Wunsch, Frau von Kaltenborn, von der Viktor stets mit besonderer Vorliebe sprach, an der er mit einer fast bewundernden Rührigkeit zu hängen schien, kennen zu lernen. Endlich sollte ihr Verlangen gestillt werden.

In dem Hause des Generalen v. R. war die Gesellschaft, in der heute die Uniform besonders dominierte, schon fast völlig versammelt. Auch Oberst von Kaminski und Olga waren bereits längst anwesend, umringt von einem Kreis junger Offiziere, der seit dem ersten Auftreten der pikanten, kleinen Polin sich um dieselbe gebildet hatte und sich stetig erweiterte, je häufiger sie in der Gesellschaft erschien.

Olga liebte jedoch diesem Kreise nur halbes Ohr; in wachsender Ungeduld floh ihr Blick wieder dem Eingange zu. Es war bereits spät — am Ende blieb die Erscheinung vielleicht ganz aus? Doch nein, da ist sie, Leutnant Steinbachs Schwester! Ihr lauterer Herzschlag sagte es ihr, noch ehe sie den Freund hinter der hohen, schlanken Frauengestalt wahrte.

Ihr aufleuchtendes Auge hing an derselben wie bezaubert; ein herrliches Gesicht hatte Olga noch nie gesehen.

„Schön wie eine Göttin“, flog es unwillkürlich von Olgas Lippen. Graf R., der eben vergnüglich ihre Aufmerksamkeit zu fesseln versuchte, wandte erstaunt den Kopf nach dem Gegenstande so neidlos bewundernd.

„Ach, Frau von Kaltenborn“, nüstelte er, sein Lorgnon aus Auge drückend. „Magnific! In der Tat! Selbst das verblüffte Herz unferster alten, griechenrömigen Eggkeng v. R. scheint im Aufsehen so hohen Liebeszuges sich zu versinken! Sehen gnädiges Fräulein, mit welchem lebenswichtigen Lächeln Gelingen der schönen Frau den Arm reicht. Auf Ehre — beneidenswert, dieser Herr von Kaltenborn!“

Erst bei der Erwähnung des letzteren richtete Olga gleichsam magnetisch gefesselt Blick sich auf den Begleiter der wunderbaren Erscheinung. Eine Empfindung schreckhaften Unwillens durchzuckte sie, der allfällige Herr mit den stehenden schwarzen Augen in dem gelben Mulattengesicht, welcher eben mit der Generalin von R. einen verbindlichen Gruß tauschte, konnte unmöglich Allicens Gemahl sein. Und doch — und doch! Als nach wenigen Minuten die Reihe der Vorstellung an sie kam, mußte ihr der letzte Zweifel schwinden.

Mit begreiflicher Neugier schauten die jungen Damen einander ins Antlitz, und, wie gegenseitig von ihrer Aufmerksamkeit befreit, begegneten sich ihre Augen in warmem Empfinden. Die Worte, welche sie wechselten, klangen daher herzlich, als dies sonst bei einem ersten Begegnen zu geschehen pflegt.

Viktors Augen und Mienen erhielten sich, als er den gegenseitigen günstigen Eindruck gewahrte. Er konnte kaum den Augenblick erwarten, der ihm gestattete, die Schwester zu fragen: „Nun, was sagst du zu Fräulein von Kaminski?“

„Daß sie meinem grau in grau gemalten Bild durchaus nicht entspricht, und ich mich ihrer persönlichen Bekanntschaft aufrichtig freue.“

Fortsetzung folgt.

gen Reformen in der Verwaltung der Kolonien ergriffen hat, mit der erforderlichen Vorsicht gepaart sein müßte, damit über diesen Schmerzenskindern des Reiches in der Zukunft auch einmal ein glücklicher Stern leuchte.

S. Berlin, 13. März. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Unterstaatssekretär auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen über Trennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium zurzeit sich in der Schwebe befinden. Bekanntlich hat auch der Minister des Innern in der Budgetkommission erklärt, daß er allerdings nicht glaube, daß die Sache ruhen werde. Der Unterstaatssekretär erklärte weiter, daß der Minister der Ansicht sei, daß es zweckmäßiger sei, den Vorstoß der Medizinalabteilung bei einem Verwaltungsbeamten zu belassen, als dieselbe einem Mediziner zu übertragen. (2) Die Frage ob an die Spitze der Medizinaldeputation ein Mediziner zu stellen sei, ist offen.

S. Berlin, 13. März. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Vergessenen Novelle hielt heute eine Sitzung ab. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Vorratigkeit beibehalten werden soll, soweit sie zum Erwerb von Rohstoffen dient. Ferner sprach sich die Kommission gegen das Staatsmonopol aus und verlangte Sicherung der Privatwirtschaft gegen willkürliche Eingriffe des Staates. Schließlich wurde § 2 der Regierungsvorlage angenommen. Ferner wurde beschlossen: „Das Bergwerkseigentum an den Steinkohlefeldern bleibt dem Staate bis zum Höchstbetrage von 250 Mark pro Hektar vorbehalten. Daselbst wird ihm durch den Minister für Handel verliehen. Diese Verleihung muß binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes nachgeprüft und binnen weiteren 6 Monaten ausgeprochen werden. Die sonstigen Steinkohlefelder sind anderen Personen auf Ansuchen zum Zweck der Anlage und des Betriebes von Bergwerken zu übertragen.“ Die Kommission vertagte die Weiterberatung bis zur nächsten Woche.

Russland.

Italien.

England und Italien.

Man schreibt uns: Schon vor einiger Zeit hatte das italienische Blatt „Stampa“ einen englisch-italienischen Allianzvertrag angekündigt, und jetzt meldet ein Artikel derselben Zeitung, der Abschluß eines englisch-italienischen Bündnisses stehe nahe bevor. In der Tat hat ja bereits der König Edward VII. der unermüdlich daran arbeitet, die englische Vormachtstellung in der Weltpolitik zu befestigen, jüngst von dem Könige Viktor Emanuel III. von Italien als seinem „Verbündeten“ gesprochen. Diese Vorgänge haben sonderbarer Weise weder in der deutschen Presse, noch sogar in der Oesterreich-Ungarns diejenige Beachtung gefunden, die sie verdienen. Man kann die Annäherung, die sich zwischen England und Italien vollzieht, als eine Fortsetzung von Bestrebungen ansehen, die von keinem geringeren als Bismarck ausgehen. Bismarck schwebte es als ein erreichbares Ziel vor, daß England und Italien sich über alle das Mittelmeer betreffenden Punkte in Freundschaft einigen sollten. Denn deutsche Interessen konnten dabei, nach seinem Erachten nicht in Frage kommen, wohl aber würde durch eine derartige Verständigung die Zahl der europäischen Rivalen des Reiches gemindert werden. Jüngst Bismarck unterstützte Bemühungen in dieser Richtung wohl auch deshalb, weil er dem mit Deutschland verbündeten italienischen Reiches gegen einen Vorstoß zuwenden wollte. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die derzeitigen Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches sich auch jetzt noch zu diesem Standpunkte des Fürsten Bismarck bekennen. Ob das angesichts der inzwischen wesentlich veränderten Haltung Italiens Deutschland gegenüber noch richtig ist, mag freilich dahingestellt bleiben. Kein verständiger Politiker in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn rechnet ja noch ernsthaft mit Italien als einem zuverlässigen Verbündeten, — und noch weniger tun es der Generalstab in Berlin und der in Wien. Auf dem Papier besteht der Dreibund wohl noch unverändert fort, aber im Ernstfalle könnte man Wunder an der verschiedenartigen Auslegung seiner einzelnen Bestimmungen erleben! Es scheint nun, als sei es dem Könige Edward gelungen, bei der Regelung der England und Italien gleichmäßig beruhigenden Mittelmeerfrage Italiens Interesse an Tripolis wesentlich abzuwehren, und statt dessen Italiens Aufmerksamkeit auf jenen für England vollständig gleichgültigen Streifen an der Westküste der Balkanhalbinsel zu fixieren, der in längst vergangenen Tagen schon einmal für Italien von Bedeutung war, — auf Albanien. Albanien war, bevor seine Vertheilung in Verfall geriet, ein für Italien wertvolles Verbindungsglied zu den Balkanstaaten. Ob ein neues tatkräftiges Eingreifen Italiens auf dem Balkan von dessen Mächten freudig begrüßt werden würde, steht dahin. Sicher ist nur, daß König Edward es mit viel Klugheit und Geschick verstanden hat, den Latenzbrand des jungen italienischen Monarchen von Gebieten abzulenkten, die für England — und Frankreich von großer Wichtigkeit sind. Man darf annehmen, daß bei dem englisch-italienischen Vertrage England nicht der übervorteilte Kontrahent sein wird.

Frankreich.

Ueber die Naturalisierungen

Im Jahre 1906 gibt ein Bericht des Justizministers folgende Aufschlüsse: Ihre Gesamtzahl betrug 2149, 12 weniger als im Vorjahre. Von den Naturalisierten waren 1544 Männer und 605 Frauen; das Verhältnis ist so ziemlich das gleiche wie im Vorjahre geblieben. 128 Naturalisierte waren in Frankreich geboren, 1465 waren seit länger als zehn Jahren und nur 79 weniger als zehn Jahren in Frankreich. Der

Nationalität nach verteilten sie sich folgendermaßen: Italiener 543, Belgier 304, Elsas-Lotharinger 190, Deutsche 97, Spanier 97, Russen 85, Schweizer 77, Oesterreicher 31, Ungarn 8, Luxemburger 25, Griechen 13, Engländer 12 u. s. w. In Algerien wurden 595 gegen 707 Naturalisierungen im Jahre 1905 verzeichnet. 28 Franzosen suchten dagegen um die Erlaubnis nach, sich im Auslande naturalisieren zu lassen. Es ist als ganz besonders interessant hervorzuheben, daß fast die Hälfte dieser allerdings sehr unbedeutenden Zahl, nämlich 12, diese Ermächtigung für ihre Naturalisierung als Deutsche nachsuchten. Ihre Eigenschaft als Franzosen verloren überdies 1067 Personen, bedeutend mehr als in den Vorjahren, hauptsächlich durch Ablehnung der ihnen frandesamtlich zugeschriebenen Eigenschaft als Franzosen.

Russland.

Das russische Programm zur Haager Friedenskonferenz.

Das russische Programm für die Haager Friedenskonferenz enthält folgende Punkte: 1. Das Haager Abkommen zur friedlichen Entscheidung internationaler Streitfälle soll in denjenigen Bestimmungen verbessert werden, die von dem ständigen Haager Schiedsgerichtshof und der internationalen Untersuchungskommission handeln. 2. Das Haager Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges soll unter anderem durch neue Bestimmungen über den Beginn der Feindseligkeiten, über die Rechte der Neutralen zu Lande und über andere Punkte abgeändert werden. 3. Es soll ein Abkommen ausgearbeitet werden über die Gesetze und Gebräuche des Seekrieges, namentlich in folgenden Fragen: Operationen des Seekrieges, wie das Bombardement von Häfen, Städten und Dörfern durch Seestreitkräfte, die Legung von Seeminen u. s. w. Der russische Entwurf enthält Vorschläge, die für die Handelsmarine von großer Wichtigkeit sind, so die Umwandlung von Handelschiffen in Kriegsschiffe, die Gewährung von Prämien für die Handelschiffe der Kriegsführenden zum Verlassen neutraler oder feindlicher Häfen nach dem Beginn der Feindseligkeiten. Ferner soll behandelt werden die Frage des Privateigentums der Kriegsführenden auf See, die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekrieg, darunter die Frage der Kriegskontributen, die Behandlung der Schiffe der Kriegsführenden in neutralen Häfen und die Verletzung neutraler Prisen im Notfalle. 4. Es soll das Haager Abkommen dahin ergänzt werden, daß die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg noch stärker zum Ausdruck gebracht wird, als es im Jahre 1864 geschehen ist.

Man sieht aus der Zusammenstellung, daß das russische Programm an Reichhaltigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, und daß die Bevollmächtigten reichliche Arbeit haben werden, um es einigermaßen befriedigend zu erledigen.

Eine Gegenrevolution?

Die Befehlskörper sämtlicher Armee-korps sind zum 20. März nach Petersburg berufen worden und werden vom Zaren in gemeinsamer Audienz empfangen. Die Gerüchte von einer drohenden Gegenrevolution scheine dadurch ihre Befähigung zu erhalten. Tatsächlich beginnt seit 3 Tagen eine allmähliche Truppenkonzentration in und um Petersburg, genau wie in den kritischen Tagen, welche der Auflösung der ersten Duma vorausgingen. Aus Krasnost sind nachts in aller Stille 2 Regimenter Infanterie nach Petersburg gebracht und auf die Petersburger Kasernen verteilt worden. Der Zugang zu fast allen Kasernen wird seit Montag nur gegen Karte gestattet.

Rumänien.

Ein politischer Mord.

Der griechische Millionär Paraskevas Konstantinos, ein Großkaufmann, wurde in Giurgiu auf offener Straße durch zwei Revolverkugeln getötet. Der Mörder, ein junger Mazedonier, stellte sich der Polizei. Es handelt sich um einen politischen Rachetatt.

Bulgarien.

Zum Tode Petkows

Liegen folgende Meldungen vor: Die Autopsie der Leiche ergab, daß die Kugel den linken Lungenflügel und die Lungenarterie durchbohrte und im Herzbeutel stecken blieb. Die Ursache des Todes war innere Verblutung. — Sämtliche diplomatische Vertreter sprachen der bulgarischen Regierung das Beileid ihrer Souveräne und Regierungen aus. Die Führer der Oppositionsparteien drückten in der Presse ihre Entrüstung über das Verbrechen aus und widmeten dem Ermordeten anerkennende Worte. — Wittermeldungen aus Philippopol zufolge kam es baselst anlässlich der Nachricht von der Ermordung Petkows zu einem Zusammenstoß zwischen Anhängern der Regierung und der Nationalisten, welche in letzter Zeit gegen die Regierung die schärfste Opposition machten; es sollen mehrere Verwundungen vorgekommen sein. In Sofia eingetroffene Nachrichten aus Belgrad besagen, daß dortigen bulgarischen Studenten hätten seit mehreren Tagen Kenntnis von dem geplanten Anschlag auf Petkow gehabt.

England.

England und die Abrüstungsfrage.

Die ministerielle „Tribune“ ist eifrig bemüht, die englischen Abrüstungsvorschläge bei der Haager Konferenz als hoffnungsvoll hinzustellen. Alles hängt davon ab, bemerkt sie, ob Grey insinuate sei, eine einfache Formel ausfindig zu machen, die den Entwürfen der Mächte, deren Rüstungen auf einem von dem englischen vertriebenen Fuße ständen, entgegenkommen würde.

Das ist keine leichte Aufgabe, heißt es am Schluß. Unter Her ist zu klein, um mit dem zügigen in Wettbewerb zu treten. Bisherige die hoffnungsvolle Linie des Fortschritts in der Richtung, daß wir die russischen Entwürfe, Privateigentum von der Wegnahme auf See auszuschließen. Geschiehe das, so wäre unsere Flotte nur mehr in der Verteidigung übermächtig, und keine Macht könnte in ihr in der Folge ein mögliches Werkzeug des Angriffs und der Zerstörung erblicken.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 13. März.

Am Bundesratssitz der Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz. Als erster Punkt der Beratung steht auf der Tagesordnung das am 19. September 1906 in Bern abgeschlossene zweite Zusatz-Übereinkommen zu dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr vom 14. Oktober 1890 mit Vollziehungsprotokoll.

Präsident des Reichseisenbahnamts Dr. Schulz befragt, warum die Vorlage, da es sich um ein von Deutschland gestelltes Übereinkommen mit wenigen Ausnahmen zur Annahme zu bringen.

Nach kurzer Debatte bei der ersten Lesung wird die Vorlage auch in zweiter Lesung angenommen. Darauf wird die Besprechung der Interpellationen über die Strafprozeßordnung fortgesetzt. Abg. Müller-Meinungen (freil. Sp.) ist noch vor der Meinung, daß die Schwierigkeiten, die der Reform entgegenstehen, bei den Professoren, im Berliner Kasernenwäldchen, zu suchen seien und daß Preußen mit dem Hilfsministerium weiter wirtschaften wolle. Redner bittet den Reichstag, ob nicht das süddeutsche Reichsamt mit der Umstellung von Preußen durch die Schwurgerichte auf Preußen ausgedehnt werden könne. Von der Forderung der Verfassung gegen die Urteile in Strafsachen habe er nicht viel. Das abhängige Hofschickung in Preußen müsse bald beseitigt werden. Der kleine Justizminister müsse bei der Lösung aller dieser Aufgaben ferngehalten werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Lieberding erklärt: Bei der Schwurgerichte könne er ihn beruhigen. Die Gestaltung ihrer Arbeit, wie sie gewesen ist, wenn er sich nicht über die Reformen der Strafprozeßordnung geäußert habe, so habe er ja gestern ausdrücklich erklärt, daß das Reichsjustizamt in der Zwischenzeit die Strafprozeßordnung auf die Einzelheiten prüfte, um den Aufbau einer neuen Prozeßordnung fertig zu bringen und alsbald eine Grundlage für die Verfassungsreform zu schaffen. Über die Diktaturfrage für Schwurgerichte und Schöffen habe er deshalb nicht gesprochen, weil die Frage erst im Rahmen der neuen Strafprozeßordnung zur Entscheidung kommen solle. Wenn aber der Reichstag die Strafprozeßordnung schon vor der Fertigstellung der neuen Strafprozeßordnung an die Schwurgerichte und Schöffen ergoß, so könne er sagen, daß dieser Befehl dem Bundesrat vorliege, der Bundesrat aber einen Beschluß noch nicht gefaßt habe.

Abg. Wenzel (Rp.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Stadthagen, daß zwischen Recht und Nichtspruch ein großer Abgrund bestehe, und tritt dann für die Erhaltung der kleinen Landgerichte aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen ein.

Abg. Riezellowski (Pole) verlangt die Wiedereröffnung der Beratung gegen die Strafkammerurteile und politische Unabhängigkeit der Richter in politischen Prozessen, besonders den Polen gegenüber.

Abg. Roth (wirtsch. Ber.) wünscht in erster Linie Heranziehung des Laienelements zu den Strafkammern. Eine genügende Anzahl von Laienrichtern werde sich schon finden, wenn Diktatur bewilligt würden. Das Berufungsverfahren habe sich auch im Militärstrafprozeß sehr wohl bewährt.

Abg. Dove (wirtsch. Ber.) spricht ebenfalls den Wunsch nach baldiger Vorlegung der Strafprozeßreform aus. Er sei dem Staatssekretär dankbar dafür, daß er ausführte, die Schwurgerichte sollten ergötzt bleiben.

Abg. Werner (Mp.) erklärt: Bezüglich der bisherigen Organisation und Gestaltung der Polizeiaufsicht sei unzulässig eine Änderung nötig. Das beweise der Fall des Hauptmanns von Köpenick. Die Heiligkeit des Eides müsse bekräftigt werden und statt des Vorbeides der Nachweis eingeführt werden.

Abg. Storz (d. Sp.) beklagt sich über die zu sehr anschwellenden Gerichtskosten. Die Untersuchungskosten müsse beschränkt werden. Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. 121 Stimmen für, 133 gegen den Schluß der Debatte.

Die Debatte geht also weiter.

Abg. Müller-Meinungen (freil. Sp.): Eine Zusammenfassung von Sozialdemokratie und Arbeiterpartei würde er nimmens hunderttausenden von Arbeitern zurück. (Lebhafter Beifall rechts und links.)

Abg. Stadthagen (Sog.) konstatiert, daß die bürgerlichen Parteien es waren, die den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung abgelehnt haben.

Abg. Kretz (konf.) führt aus, es wäre beileidig für den schifflichen Richterstand, wenn man ihn gegen die Verunglimpfungen der Sozialdemokratie in Schutz nehme.

Abg. Jund (nl.) legt dar, daß die Arbeiter in Sachsen sich als Schwurere und Schöffen sehr gut bewährten.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Weiterverhandlung auf Morgen vertagt. Außer dem Reichstagspräsidenten.

Schluß 6 Uhr.

Ueber die Explosion des franz. Panzerkreuzers „Jena“.

* Toulon, 14. März. Marineminister Thomson befragte nachmittags nochmals die „Jena“. Das Schiff ist ganz trocken, so daß das Schiff untersucht werden kann. Der Vorbericht ist völlig unversehrt. Am Hinterteil ist ein enormer Riß im Schiffsumpf. Der Riß, der gewissermaßen als Sicherheitsventil wirkt, wodurch alle Gase entweichen, verhinderte die völlige Zerstörung des Schiffes. Der Panzer, die Schraube und das Steuerrohr scheinen unversehrt zu sein. Dagegen sind die Wälder und Kabinen trotz der soliden Bauart völlig vernichtet. Während der Besichtigung dauerten die Bergungsarbeiten fort. Die Leichen werden von den Matrosen in Säcken transportiert. Der Minister begab sich dann nach den Kasernen, wo durch Appell festgestellt wurde, daß 110 Mann fehlen, also sind mit Offizieren 118 Menschen umgekommen, dazu kommen noch die Verunglückten, die sich in ärztlicher Behandlung befinden.

* Paris, 13. März. Dem Journal des Débats zufolge halten berufene Marinekreise die Annahme, daß die Explosion auf dem Panzerkreuzer „Jena“ durch Selbstentzündung des Pulvers herbeigeführt wurde, für unbegründet. Man sei eher geneigt, an einen verbrecherischen Anschlag zu glauben, und stützen diese Ansicht darauf, daß die Offizierskabinen brennen, und zwar nach der Ruhepause vor dem Appell, also in einem Augenblick, wo zur Vorbereitung des Anschlags Zeit war. Ferner wird aus Toulon berichtet, daß, wie heute festgestellt wurde, in der Stadt selbst eine ganze Menge Granatsplitter niedergefallen sind. In der Rue St. Michel schlug ein vier bis fünf Zentimeter Granatsplitter durch das Dach eines Hauses, durchbrach die Decke des dritten und zweiten Stockwerks, ohne jedoch weiteren Schaden anzurichten.

* Toulon, 13. März. So ernst die Beschädigungen der „Jena“ auch sind, so meinen einige Offiziere doch, daß eine Wiederinbetriebnahme des Schiffes möglich sei, damit die „Jena“, wenn auch nicht mehr in der aktiven Schlachtflotte, so doch als Küstenverteidigungs- oder Schulschiff verwendet werden kann. Ueber die Ursache des Unglücks sowie über die Einzelheiten der Katastrophe hat noch nichts Bestimmtes festgestellt werden können, da sich die Aussagen der Augenzeugen, sowohl der Offiziere, wie der Matrosen widersprechen. Ebenso ist noch keine Klarheit über die Anzahl der Donatoren und der Richtung, in der sie wahrgenommen wurden, geschaffen, so daß sie keinen Anhalt für die Erklärung der Katastrophe bieten.

Das Unglück auf der „Jena“ ruft im Volke allgemein die Erinnerung wach an die Explosion des Pulvermagazins in Agoubran, die im Jahre 1898 erfolgte und ebenfalls ungeheure Menschenopfer forderte. Man erinnert sich, daß die Explosion durch ein gleichzeitiges Pulver und um dieselbe Jahreszeit, nämlich im Monate März, erfolgte. Mit der Untersuchung der Explosion auf der „Jena“ ist eine Kommission unter dem Vorsitz des Admirals Grunin beauftragt.

* Toulon, 14. März. Vergangene Nacht wurde in der Munitionskammer des Hinterteils „Jena“ ein Aufruhr von furchtbar verbrannten und verkleimten Leichen gefunden, deren Anzahl auf annähernd 50 geschätzt wird. Die meisten Verwundeten leiden furchtbar und haben durchweg hohes Fieber und müssen sorgfältig gepflegt und überwacht werden, da sie sich schon Augenblick im Fieberdelirium die Verbände von den Wundrändern reißen. — Einem Bericht zufolge sei es möglich, daß ein Pulverkasten offen geblieben und durch einen von einem Kurzschluß herrührenden Funken zur Explosion gebracht worden sei.

Beileidsbekundungen des Kaisers und des Papstes.

* Rom, 13. März. Der Papst hat dem Bischof von Toulon den Ausdruck seines lebhaften Beileids zu dem schweren Unglücksfall, der die französische Nation und Flotte betroffen hat, übermitteln lassen.

* Paris, 13. März. Kaiser Wilhelm sandte an den Präsidenten der Republik ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Tiefbetrübt durch die Katastrophe, die sich im Hafen von Toulon ereignete und so viele Opfer unter Ihren braven Soldaten gefordert hat, sende ich Ihnen, Herr Präsident, den Ausdruck lebhaftesten Anteil, den ich an der Trauer der französischen Nation nehme.“

* Paris, 13. März. Kaiser Wilhelm hat an den Marine-Minister Admiral Tielgack nachstehendes Telegramm gerichtet: „Sprechen Sie in meinem Namen dem französischen Marine-Minister das tiefste Mitgefühl aus anlässlich der furchtbarsten Katastrophe an Bord der „Jena“. Möge der Herr die armen Anverwandten trösten! Kommandant Manceron ist mir persönlich bekannt. Wilhelm I. R.“

Arbeiterbewegung.

* M.-Glabbach, 14. März. Falls die 200 Weber der Glabbacher Wollindustrie vorm. Josten, die ihre Kündigung eingereicht haben, diese nicht bis morgen mittag zurückziehen, werden nach einem Beschluß des Vereins der Textilindustriellen, sämtliche Vereinsmitglieder ihren Arbeitern kündigen. Die allgemeine Sperrung würde annähernd 10 000 Textilarbeiter betreffen.

* Düsseldorf, 14. März. Die hiesigen Delegationsmaler und Anstreicher haben den neuen Tarif der Arbeitgeber abgelehnt. Bisher sind 700 Mann ausständig.

* Lyon, 13. März. Arbeiter haben 4000 Forderungen an die Fabrikanten gestellt, die ihnen verweigert hat.

Provinzielle.

* Gagen, 13. März. Istete sich ein Brennstoffveruntreuung durch Soldaten, die sich auf dem Weg zum Lager befanden, fest.

* Witten, 13. März. Ein Knecht S. Meilander, der einen Haken an einem Fenster hängen ließ, wurde verurteilt.

* Gelsenkirchen, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Herten, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

* Düsseldorf, 13. März. Die Arbeiter der Hüttenwerke „Nordrhein“ haben 10 000 Mark für die Unterstützung der Familien, sowie der Arbeiterkinder, beschlossen.

Albert Gottschalk,

18 Neustrasse 18.

Für jede Figur, selbst für die stärksten Herren passend.

ANZÜGE

für Herren von 8 bis 48 Mk.
für Burschen von 4⁵⁰ bis 28 Mk.
für Knaben von 2⁰⁰ bis 19 Mk.
für Kommunikanten und Konfirmanden von 4⁵⁰ bis 26 Mk.

Grösste Auswahl!

Beste Verarbeitung!

Denkbar billigste Preise!

Erstes und grösstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe.

Bekanntmachung.
Der Schlachthof ist am 22. und 23. März 1907 wegen Reifeprüfung geschlossen.
Die Schlachthof-Verwaltung.

Apfelsinen.
Sehr schöne Messina-Apfelsinen und Zitronen sind eingetroffen und empfehlen.
Gebr. Steiner,
Drogerie zum weissen Kreuz,
Kirchstrasse 3.

Nur echte
Henkel's
Bleich Soda
garantirt chlorfrei
gibt u. hält blendend weisse Wäsche

Kommunion-Anzüge
— hochfein —
empfehlen billigst
Joh. B. Fisser,
Nordstrasse 43.

GEOLIN
Das beste Metall-Putzmittel!
Chemische Fabrik Düsseldorf
Aktiengesellschaft

„Blod“, Dehengst,
braun, ohne Abzeichen, eh. Halblut, angeht und eingetragener in eh. Pferdehambuch unter Nr. 100, empfehle den Herren Pferdebesitzern zur gef. Benutzung.
B. Cremer,
Feldmark Weg.

Drahtgeflechte,
in verzinkte, sechseckig und viereckig
für Hühnerställe, Hundezwinger, Garten- und Feld-Einfriedigungen etc.
Weidendraht,
roh und verzinkt, in allen Stärken.
Stacheldraht,
verzinkt, eng und weit besetzt.
Drahtspanner und Krampen.
A. Ketteler & Söhne,
Osterstrasse 1.

Leibrenten
und
Kapitalien
auf den Lebensfall bei der 1838 gegr. Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt in Berlin.
Oeffentliche Versicherungsanstalt.
Einkommenserhöhung, Altersversorgung, Kapitalversicherung für Studium, Militärdienst, Aussteuer. — Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung.
Portofreier Rentenbezug ohne Lebenszeugnis unter den von der Direktion zu erfordern Bedingungen. — Strengste Verschwiegenheit.
Nähere Auskunft, Tarife und Prospekte kostenfrei bei:
Heinrich te Laake in Bocholt.

Allen Haushaltungen empfohlen als
Ersatz für giftige Phosphor-Hölzer
überall entzündlich u. giftfrei
Roland-Hölzer und
Walfisch-Hölzer D. R. P.
Ebenso als Sicherheits-Hölzer die Marke „Priester“.
Deutsche Zündholz-Fabriken A.-G.
Lauenburg i. Pom., Vordamm und Rheinu i. B.
Zentrale: Berlin C. 2, Klosterstrasse 99.

Für die Küche!
empfehle ich in nur allerbesten Qualität:
Kochtöpfe, eiserne Kasserollen, Bratpfannen, Fleischmaschinen, Reibmaschinen, Brotschneidemaschinen, Porzellan-, Steingut-, Bunzlauerwaren
zu den denkbar billigsten Preisen.
M. Mühlfelder, Bocholt, Dörkmarkt.

Manchmal minderwertige Gewürze kaufen. Den feinsten Vanille-Geschmack gibt
Dr. Oetker's
Vanillin-Zucker.
Das Beste ist das billigste!
Also nur Dr. Oetker's Backpulver.

Ein kräftiges
Mädchen
von 14—16 Jahren auf sofort oder zu Offert zu Mädelern gesucht.
Näheres in der Expedition d. Bl.
Zufass-Vertreter,
energ. u. laut, sofort gesucht. Brandel, Herren, geeignet zur Zulassung neuer Mitglieder, bevorzugt.
Allgem. Art. Verz. -Kasse (G. G.),
Channig 20.

2 Anstreicher
Gehälften auf sofort gesucht.
Joseph Busschhoff,
Rhado.

Schlosser
findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Näheres in der Expedition d. Bl.
Umständlicher, tüchtiger
SCHLOSSER
als Vorarbeiter gesucht; bevorzugt werden solche, welche ähnliche Stellung bereits inne hatten, in. Zeugnisse anzuweisen können und mit Arbeitsschreibern gut vertraut sind. Gehalt 1500 bezw. 1800 Mk.
Offerten unter H. J. befolgt die Expedition d. Bl. erbeten.

Bäder-Gefelle,
in der Rouditorie erfahren, sucht Stelle. Offerten unter T. 100 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gute Weber und Weberinnen
finden lohnende Beschäftigung bei
Jos. Wietbold, Weberrei,
Hildelen.
Ich suche einige ordentliche
Weber
gegen hohen Lohn.
Christian Lück,
Ein hochtrag. Kind zu verkaufen.
H. Topasse,
Nebenstrasse 74.

Bessere Wohnung,
enth. 4 Zimmer, Küche und Zubehör, sofort oder später zu vermieten.
Näheres in der Expedition d. Bl.
Möbliertes Zimmer
mit voller Pension zu vermieten.
Restaurant Aronenburg.
Ein hölzerner, mit Dachziegel gedeckter
Schuppen
zu verkaufen.
Georg Messing,
Niederbruchstrasse 16.

Kneipp Verein
BOCHOLT.
Wegen anderweitiger Benutzung des Saales findet die Monats-Versammlung nicht am 17., sondern am 24. März statt.
Der Vorstand.

Zahn-Atelier Glasmann,
Bocholt, Nordstrasse 54.
Spezial: Künstliche Zähne unter Garantie für gutes Passen und Haltbarkeit. Befreien von Zahnschmerzen auch ohne Ausziehen. Ausziehen mit Befähigung des Zahnärztlichen, leicht und sicher. Nerventöten und Plombieren. Vergulden schief stehender Zähne. — Preise billigst.

Haarwasser
gegen Schuppen und Ausfallen der Haare.
Haaröl,
Zahnpulver,
Mundwasser,
mediz. Seifen,
Toilette-Seifen,
Parfüms
in großer Auswahl — empfehlen
Gebr. Steiner,
Drogerie zum weissen Kreuz,
Kirchstrasse 3.

Herzliche und dringende Bitte in grosser Not!
Die sächs. Dispositionen Sanderdorf mit 70 Ortschaften, 1500 bis 2000 Seelen, sehr arm, ganz neu gegründet, hat keine Kirche, keinen Altar, keine Kommunionbank, keinen Taufstein usw. usw.
Sonntags die hl. Messe in einem Tanzlokal, Werktag in einer kleinen Schulküche am Tische, das Allerheiligste auf einem Platter der Pfarrwohnung! Wer hilft mit einer kleinen Gabe? Sanderdorf, Bez. Halle a. S.
Sandermann, Missionsseiler.

Luhns
wäscht
am besten
Ein Portemonnaie
mit kleinem Inhalt am Mittwoch nachmittag in der Nordstrasse gefunden.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Erfolgt
Sonntags
blatt 50
von der C.

Nr. 73.

Reich hat sich bel...
gegenüber der...
Grober, Sch...
verteidigen i...
Forderungen...
den neuesten...
Btg. legt d...
Taktkraft...
Reichstanzler

Wie die...
haben will, be...
Oberland der...
in seiner gan...
Seefestung a...
feien bereits...
sagung der...
Mann verflä...
belt es sich i...
der Befestig...
verursachen i...
halbe Willie...
ankäufe seien

S Berlin...
einigung hat...
gebracht, in...
dem Reichsta...
wendung des...
bewerb vorzu...
S Berlin...
des Reichstags...
Staats-Votges...
rung einer an...
an die gerie...
Reichs und...
Nachdem der...
gegen 12 S...
Resolution W...
Stimmen an...
Regierungen...
des Staats ihr...
daß den U...
übrigen Bear...
übersteigt, je...
liche Beihilfe

S Braunschweig...
Cumberland...
braunschweig...
Beisatz des...
teft erhoben.

Wa

31) „Wie lieb...
„aber“ — für...
gute Meinung...
wird?“

„Ich hoffe...
Kennenlernen...
samt lachend...
Das schwed...
nant mehr, a...
junger Rame...
deutendes in...
Persönlichkeit...
entzückte ihn...
Fuldigungen...
meergilne bu...
rosen, die au...
stand der zur...
gewöhnlich bl...
Sprechen leich

Fräulein...
liebliches M...
Kaltenborn ei...
Den meiss...
Vergleich sich...
Abend die be...
erblickten, unt...
merkte es mi...
er wußte eig...
sich fern, seit...
freundes Pol...
getanz. Da...
trachtete, ent...
Wilde ihn such...
ihn ein bezie...
Seite.

„Weshalb...
nant Steinba...
schem Töne...
Amüsieren Si